

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe erscheint in Berlin...

Feindlicher Nachtangriff bei Albert abgewiesen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 18. Juni. Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Die feindliche Artillerie entwickelte in einzelnen Abteilungen in Mlandern, beiderseits der Br., zwischen Arvas und Albert rege Tätigkeit.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz. Südwestlich von Hohon und südlich der Küste lebte die Artillerieaktivität in den Abendstunden auf.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff. (W. Z. B.)

Allgemeine Kriegslage.

Baron v. Ardenno, Generalleutnant z. D.

Die Kämpfe an der franko-englischen Front dauern zwar ununterbrochen fort, aber sie haben einen gewissen Abchnitt erreicht. Der Vorstoß der jüngsten deutschen kombinierten Bewegung hat die Frontlinie der May bis auf ein geringes Stück ihres Unterlaufes gewonnen und hat die vorderste Front in einer starken Ausbuchtung nach Südwesten bis halbwegs zur Aronde vorgezogen.

Die Schlacht in Venedig.

Bisher 30 000 Gefangene.

Wien, 18. Juni. (W. Z. B.)

Amtlich wird verkündet: Die Schlacht in Venedig nimmt ihren Fortgang. Die Armee des Generalobersten v. Wurm gewann an zahlreichen Stellen Raum; der Südfuß erreichte in jähren Kämpfen den Kanal Silebo. Generaloberst Erzherzog Josef baute neue Festungen im Montellogebiet aus.

Die Herabsetzung der Wiener Brotration um die Hälfte.

Sigung der Wiener Gemeinderatsobmänner.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

1. Wien, 18. Juni.

Folgende amtliche Mitteilungen wurden heute im Wiener Gemeinderat über die Herabsetzung der Brotration gemacht: Deutschland hat sich vor einigen Wochen in einem Staatsvertrag verpflichtet, die Mehlerzeugung Oesterreichs sowohl für die Zivilbevölkerung als auch für das Militär zu übernehmen, gleichgültig, ob durch Zufuhre aus der Ukraine oder Rumänien oder aus eigenen deutschen Reservelieferungen.

Wien, 17. Juni. (W. Z. B.)

In der heutigen Beratung der Gemeinderatskommission für den Bürgermeister Wüstschirner über die Herabsetzung der Brotration in Wien sowie über eine Vorrede beim Ministerpräsidenten und Ernährungsminister, die aber ergebnislos geblieben ist.

Ein ausführliches Telegramm unseres Wiener I-Korrespondenten hat gestern Abend die Herabsetzung der Wiener Brotration um die Hälfte - das heißt von 1260 Gramm auf 630 Gramm pro Kopf und Woche - angekündigt. In einer Interaktion mit unserem Wiener Korrespondenten hat der vor kurzem ernannte Ernährungsminister Dr. Pauli erklärt, daß die Vorräte aus dem Getreije 1917 und die rumänischen Vorräte aufgebraucht und augenblicklich Eilbrüngen in der Zukunft eingetretten seien.

Der österreichische Minister für Volksernährung, Pauli, ist gestern in Berlin eingetroffen und im Hotel Adlon abgeblieben. Heute vormittag besah sich der Minister in Begleitung des Grafen Rindl von der österreichisch-ungarischen Botschaft nach dem Kriegsernährungsamt, um Besprechungen anzustellen.

Die österreichischen Offensivkämpfe an der Brenta und Piave.

Telegramm unseres Kriegsberechtigten Paters. Leonhard Adolt.

Italienischer Kriegsschauplatz, 16. Juni.

Nach halbjähriger Ruhe ist die f. u. i. Armee, der die Entente-Offensive unter Hinweis auf die politischen Kämpfe bereits ihre Schlagfertigkeit abtrug, vom Norden, in der Gegend der Eiben Gemeinden, vom Osten über die Pieve in die feindlichen Linien eingedrungen. Im ersten Zuge wurden 16 000 Gefangene eingebracht, zahlreiche Geschütze und sonstiges Kriegsmaterial erbeutet.

Italienischer Heeresbericht vom 17. Juni. Auf der Hochfläche von Altago und auf dem Grappa bestanden sich der Feind, der im Laufe des 15. ungeschworene Verluste erlitten hat, gestern darauf, der Gegenoffensive unserer Truppen und derjenigen der alliierten Truppen, die an mehreren Punkten die Zeilerfolge des Frontübertritts entgegenzunehmen konnten, durch starke Feuerabwehrung Hindernisse zu bereiten.

Die deutsche Heeresleitung hat die glänzende Abweisung der gegnerischen Entlastungsangriffe nicht mit sofortigem Nachstoß beantwortet. Numerische Schwäche oder Erschöpfung sind keineswegs der Grund zu diesem zeitweiligen Verzicht. Die „Daily Chronicle“ schreibt vielmehr in klagernder Besorgnis: „Die Deutschen haben noch eine sehr große Hebermacht an Truppen. Die Heeresleitung hat, wie nach fast dreimonatigem Gescheh zu ihrer Verfassung haben, genügen, um sie in den Stand zu setzen, so gut wie jeden Augenblick eine neue Offensive zu ergreifen, und zwar in noch größerem Umfang als am 21. März.“ Diese Auffassung der Verhältnisse entspricht den Tatsachen. Es sind andere Gründe, die die deutsche Heeresleitung veranlaßt haben, vorläufig vor der Aronde Halt zu machen.

Die Agitation gegen die deutsche Gesandtschaft in Bern.

Einleitend: der schweizerische Regierung.
Bern, 17. Juni. (Schweizerische Dep. Agentur.) Dem Bundesrat ist zur Kenntnis gekommen, daß auf die Verhandlungen des Heer-Blattes „Die Schweiz“ hin, wonach der deutsche Militärattaché Major v. Bismarck sowie der deutsche Gesandte Freiherr v. Nomburg an dem Spionagefall Luchs gegen die Schweiz beteiligt seien, von gewisser Seite die Initiative ergriffen wurde zur Unterschriftenfammlung zwecks Abberufung des deutschen Gesandten und des Militärattachés. Daraus hat der Bundesrat heute beschlossen, gestützt auf die Bestimmungen der Bundesverfassung sowie gestützt auf außerordentliche Vollmachten, die Durchführung der Petition auf Abberufung der beiden Herren zu verbieten. Insbesondere ist verboten worden, den Druck und das Anlegen und Verbreiten von Unterschriftenförmern sowie das Sammeln derselben. Zwischenhandlungen gegen das Verbot werden gemäß der Strafbestimmungen für den Kriegszustand mit Gefängnis und Buße, für Ausländer außerdem mit Landesverweisung bis auf 10 Jahre bestraft. Die Kantonsregierungen sind angewiesen worden, die sich bildenden Unterschriftenbögen sofort zu beschlagnahmen. Der Beschluß tritt heute in Kraft. Außerdem hat der Bundesrat der „Schweiz“ wegen der in den Nummern von 10. und 11. Juni gegen den deutschen Gesandten und den Militärattaché erschienenen Veröffentlichungen eine ernste Verwarnung unter Androhung der Einstellung erteilt.

Zum Austritt des Kabinetts Radoslawow.

Sofia, 17. Juni. (Bulgarische Telegraphenagentur.) Der Rücktritt des Ministerpräsidenten Radoslawow ist die Spitze einer heftigen Ministerkrise. Zwei Minister der stambulischen Gruppe, nämlich der Minister der öffentlichen Arbeiten Petrow und der Finanzminister Roznitschki hatten wegen Meinungsverschiedenheiten in inneren Fragen ihre Demission gegeben. Infolgebehi befand sich die Regierung in der Minorität. Obwohl die Sobranje gegenwärtig keine Zugangsabstimmung hat, hielt sich Ministerpräsident Radoslawow genau an die Vorschriften der Verfassung und bot keine Demission an, um der Krone die Möglichkeit zu geben, andere parlamentarische Gruppen zu befragen. Der König empfing heute nachmittags 6 Uhr den Präsidenten der Sobranje, Petrow, und den früheren Ministerpräsidenten Petrow, und um 7 1/2 Uhr den Chef der demokratischen Partei und Führer der Opposition, Malinow, um sich mit ihnen über die Lage zwecks Bildung des neuen Kabinetts zu besprechen.

Neue U-Boot-Erfolge.

Kiel, Berlin, 17. Juni.
Im Ostergelände um England sind durch unsere U-Boote neuerdings 16 000 Britenregistertonnen feindlichen Handelsvermögens vernichtet worden. Außerdem wurden an der Küste Englands folgende englische Fischerfahrzeuge und Segler verent: „Fortuna“, „Schiff“, „Dohspring“, „Meer“, „Berl“, „Diantha“ und „Actis“. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Domänen und die Siedlungsfrage.

Im Bevölkerungsausdruck des preussischen Abgeordnetenhauses hat der Abgeordnete Debus im Namen der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei folgenden Antrag zur Siedlungsfrage eingebracht: Zur Förderung einer erfolgreichen Siedlungspolitik ist zurzeit eine geeignete Domänen- und Großgrundbesitzfrage für mittlere und kleinere Bauernstellen und Arbeiteranstellungen erforderlich. Daneben muß bei der Verpachtung von Domänen, soweit als möglich, Pachtland an städtische und ländliche Bewohner abgegeben werden. Die weitere Bildung von Großgrundbesitz und die Gründung und Ausdehnung von Siedlungsstellen ist zu verhindern.

Die abgelehnte Zusatzstimme für die Kriegsteilnehmer.

Wer stimmte im Abgeordnetenhause dagegen?
Wie bereits berichtet, wurde der bei der vierten Sitzung der Verfassungskommission im Abgeordnetenhause von den Unten eingebrachte Antrag, wenn Mehrstimmen beschließen werden könnten, auch den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme zu gewähren, von der Rechtsämlichkeit mit 251 gegen 147 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Anzunehmen liegen die 9 genannten Ergebnisse der namentlichen Abstimmung vor. Danach enthielten sich der Stimme die beiden konservativen Abgeordneten Dr. Krennd und v. Dörpe. Für die Gewährung einer Zusatzstimme an die Kriegsteilnehmer stimmten die beiden konservativen Fraktionen, die Zentrum, die beiden konservativen Fraktionen, 21 Mitglieder des Zentrums, 34 Nationalliberale und überausberühmte 9 Welen sowie die 4 unabhängigen Sozialdemokraten v. d. Hoff, Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann und Ströbel. Der fünfte unabhängige Sozialdemokrat Mehling fehlte.

morgen eine Einzelunternehmung, die ihnen gestattet, ihre Stellung nach Möglichkeit von 5 auf 6 zu erweitern. Die Franzosen machten etwa 100 Gefangene und erbeuteten Maschinengewehre. Im Walde von Curtré und in den Dögenen wiesen die Franzosen feindliche Handtische zurück. Von der übrigen Front ist nichts zu berichten.
Mexicanischer Heeresbericht vom 17. Juni: An den unteren Gruppen befehligen Punkten ist seine wichtige Veränderung vor sich gegangen. In der Picardie, in der Gegend von Château-Thierry und in der Voivre Artilleriekampfen von mäßiger Stärke. Streifenwagen waren tätig in der Picardie, in Voithingen und in den Dögenen, wo ein feindlicher Angriff während der Nacht durch unter Feuer gebrochen wurde.

Die Zentralisierung des Wohnungswesens.

Ein Wohnungskommissar auch für das Reich.
Nachdem für Preußen ein besonderer Staatskommissar für das Wohnungswesen in der Person des Unterstaatssekretärs im Finanzministerium, v. Corson von der Brügghe, bestellt ist, plant auch das Reich, wie wir hören, einen besonderen Reichskommissar zu berufen, dessen Aufgabengebiet dem Reichswirtschaftsamt angegliedert werden soll. Die Reichsregierung beabsichtigt ferner, dem Bundesrat des Reichstages zu entnehmen und größere Geldmittel zur Förderung der Wohnungsfürsorge bereitzustellen. Ueber die Höhe der Summe ist inoffiziell noch kein Bescheid erfolgt. Die Erörterungen darüber scheinen zurzeit noch. Es ist aber nicht auszuschließen, daß die bisherige Zuständigkeit der Bundesstaaten in der Wohnungsfrage zu verdrängen. Zunächst also wird es nach wie vor Aufgabe der Einzelstaaten sein, in dieser Hinsicht selbst einzutreten. Verschiedene Bundesstaaten sind und Preußen, wo man bislang den Gemeinden die fast ausschließlich die Aufgabe der Sozialpolitik überlassen hatte, bereits vorangegangen und haben eine einheitliche Regelung der Wohnungsfrage vorgenommen. Der neue Staatskommissar für Preußen hat nun, wie wir schon in unserer heutigen Morgenansgabe berichteten, alle bis jetzt auf die verschiedenen Ministerien verstreuten Einzelmaterialien der Wohnungs- und Siedlungsfrage in sich vereinigt, ohne damit den Zusammenhang mit diesen Zentralstellen in dieser Frage aufzugeben, insbesondere mit dem Finanz- und Landwirtschafts- und dem Verkehrswesen. Die Fürsorge des Staatskommissars soll sich keineswegs bloß auf die Interessen der Mieter und Etbler beschränken, sondern wird sich auch der Hausbesitzer annehmen, schon um ausgleichend zu wirken. Täglich laufen zahlreiche Beschwerden von Mietern bei ihm ein, jedoch ist es nicht seine Aufgabe, auf diese Fälle einzugehen. Immerhin hat der Staatskommissar durch seinen Schluß gezogen, daß ein weiterer Ausbau der Reichsverwaltungskammer und ihre Vernehmung von vornherein ist. Dadurch, daß die Reichsverwaltungskammer den Staatskommissar als Aufsichtsbekörderung zugeteilt sind, ist ein nicht unbedeutender Teil der kommunalen Aufsicht vom Ministerium des Innern auf ihn übertragen.

Die Domänen und die Siedlungsfrage.

Im Bevölkerungsausdruck des preussischen Abgeordnetenhauses hat der Abgeordnete Debus im Namen der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei folgenden Antrag zur Siedlungsfrage eingebracht: Zur Förderung einer erfolgreichen Siedlungspolitik ist zurzeit eine geeignete Domänen- und Großgrundbesitzfrage für mittlere und kleinere Bauernstellen und Arbeiteranstellungen erforderlich. Daneben muß bei der Verpachtung von Domänen, soweit als möglich, Pachtland an städtische und ländliche Bewohner abgegeben werden. Die weitere Bildung von Großgrundbesitz und die Gründung und Ausdehnung von Siedlungsstellen ist zu verhindern.

Die abgelehnte Zusatzstimme für die Kriegsteilnehmer.

Wer stimmte im Abgeordnetenhause dagegen?
Wie bereits berichtet, wurde der bei der vierten Sitzung der Verfassungskommission im Abgeordnetenhause von den Unten eingebrachte Antrag, wenn Mehrstimmen beschließen werden könnten, auch den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme zu gewähren, von der Rechtsämlichkeit mit 251 gegen 147 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Anzunehmen liegen die 9 genannten Ergebnisse der namentlichen Abstimmung vor. Danach enthielten sich der Stimme die beiden konservativen Abgeordneten Dr. Krennd und v. Dörpe. Für die Gewährung einer Zusatzstimme an die Kriegsteilnehmer stimmten die beiden konservativen Fraktionen, die Zentrum, die beiden konservativen Fraktionen, 21 Mitglieder des Zentrums, 34 Nationalliberale und überausberühmte 9 Welen sowie die 4 unabhängigen Sozialdemokraten v. d. Hoff, Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann und Ströbel. Der fünfte unabhängige Sozialdemokrat Mehling fehlte.

Kleine Gesehentlichkeiten und Anträge.

Die Erörterung im Abgeordnetenhause.
102. Sitzung, Dienstag, 18. Juni, vormittags 10 Uhr.

Am Ministerlich Dreyß, Herrg.
Vizepräsident Dr. Lehmann eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Minuten.
Der Gesandtenwurf über die Fortdauer Stadterweiterung (Eingemeindung von Brühl und Barmal) wird nach Anhörung des Berichterstatters Abg. Schulze-Kelsum (Konf.) ohne Erörterung in zweiter und dritter Lesung angenommen.
Der Gesandtenwurf über die Erhöhung der Eisenbahnfahrkosten bei

Dienerleben der Staatsbeamten,
der in zweiter und dritter Lesung zur Begründung steht, steht eine Erhöhung der Kilometervergütung vor. Der Ausschuß hat eine Sache erhöht und beantragt in einer Rangklasse bis zu 75 Prozent zu erhöhen. Eine vom Abg. Graf v. D. Groeben (Konf.) beantragte Entschädigung will stat. dessen die Zagegeber bis zu 75 v. H. im umgekehrten Verhältnis zu der jetzigen Höhe erhöhen.

Finanzminister Dreyß erklärt sich mit den Ausschußvorstellungen einverstanden. Die Regierung sollte die Zagegeber um 30 Prozent erhöhen. Das bedeutet, daß dabei die unteren Sätze nicht hinreichend erhöht würden, ist jedoch gerechtfertigt. Eine Entschädigung hat deshalb viel für sich, einmal es sich hauptsächlich um die geringeren Ausgaben für die Beschäftigung handelt. Die Entschädigung in beiden Lesungen aufgegeben. Die Entschädigung v. D. Groeben wird angenommen. Damit ist die Ausschüßentcheidung hinfällig geworden.
Den Antrag Dr. Krennd (Frei.) auf

Erhöhung des Grundkapitals der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse.

um 100 Millionen Mark hat der Ausschuß in einem Gesandtenwurf eingearbeitet, der eine Erhöhung um 75 Millionen Mark durch die freifreiwilligen Beiträge zur Erhöhung auf lediglich 50 Millionen Mark bemessen.
Finanzminister Dreyß: Die Regierung kann einer Erhöhung des Grundkapitals um mehr als 50 Millionen nicht zustimmen, sie würde überhaupt nicht eine Erhöhung des Grundkapitals fordern hat sie bereit, etwa nötige Mittel auf andere Weise zu beschaffen. Man hat die überaus günstige Lage der Zentralgenossenschaftskasse nicht unterschätzt; sie ist die Folge der 1909 vorgenommenen Kapitalerhöhung für Entschädigungen ist die Rate bisher noch sehr wenig in Anspruch genommen worden, allen Anforderungen hat sie genügen und in keine ihrer Leistungen noch auf 15 Millionen erhöhen können. Sollten in der Ueberangeheit die Ansprüche so hoch steigen, daß die Kasse mit ihrem eigenen Kapital ihnen nicht genügen kann, so wird die Regierung nicht zögern, zeitliche Mittel zur Verfügung zu stellen; dann gibt es verschiedene Wege. Aber in der uns bevorstehenden schweren Zeit müssen wir Vorsorge treffen, um diese Mittel nicht zu verbrauchen.
Der Gesandtenwurf wird in erster und zweiter Lesung mit der von den freifreiwilligen Beitragenden Uebereinstimmung genehmigt.
Darauf wird die

Stabsberatung.

beim Ministerium des Innern fortgesetzt.
Abg. Vins (Centr.): Sehr bedauerlich ist es, daß hier ein Redner wieder von nationalen Vereinen gesprochen und damit eine Interdisziplin verlor hat, die längst hinter uns liegen sollte. (Sehr richtig im Zentrum und links.) Die Auffassung des Ministers über die Grenzen der politischen Betätigung der Beamten halte ich für korrekt. Im allgemeinen wünschen wir nicht eine schärfere Handhabung der Polizei, wohl aber eine genauere der Verbindungen, denen unsere Jugend ausgesetzt ist, gegenüber dem sogenannten Rechtsleben, in Bezug auf den Schutz von Leben und Eigentum unserer großstädtischen Bevölkerung und gegenüber dem Schleichhandel.

Die Christlich-Nationalen gegen Giesberts.

(Telegramm unseres Korrespondenten).

18. Juni.
Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften spricht sich in seiner neuesten Nummer mit aller Entschiedenheit für das gleiche Wahlrecht aus und nimmt dabei gegen einen Führer aus dem eigenen Reihen, den Reichstagsabgeordneten Giesberts, Stellung, der bekanntlich für zwei Zusatstimmen, Alters- und Familienstimme, eintritt. Das Blatt verweist auf eine Entschädigung der Christlich-Nationalen über Beteiligung in Essen und stellt fest, daß Giesberts zur gleichen Stunde der Tagung in Saarbrücken einer anderen Angelegenheit ebenfalls entschieden für das gleiche Wahlrecht eingetreten sei. Er ist später aber in einem Berliner Blatt für die sogenannten zwei Zusatstimmen sich ausgesprochen hat. Das „Zentralblatt“ erklärt: Wir stellen ausdrücklich fest, daß mit dem unrichtigen Verhalten des Kollegen Giesberts in der preussischen Wahlrechtsfrage die christlich-nationale Arbeiterbewegung nichts gemein hat.

A. G. S. Schnellbahn.

Erhöhung des Grundkapitals um sechs Millionen Mark.
Die Generalversammlung der A. G. S. Schnellbahn-Aktiengesellschaft fand heute mittig im Gesellschaftshaus der Gesellschaft, Friedrich-Karlstr. 11, statt. Den Vorsitz führte der Präsident Dr. W. Walther Mathenau. Vertreten war ein Aktienkapital von 30 Millionen Mark. Ohne jegliche Aussprache wurde die mit 47 357 317 Mark abschließende Bilanz sowie die mit 2 114 430 Mark abschließende Gewinn- und Verlustrechnung genehmigt und Entlassung erteilt. Im Anschluß an den Geschäftsbericht gab der Vorsitzende in kurzen Worten einen Überblick über die vertraglichen Verbindungen der Gesellschaft mit den Städten Berlin und Potsdam, die nach mehrjährigen Verhandlungen zustande gekommen seien. Ihr Verlauf sei zeitweise sehr schwierig gewesen, und die Gesellschaft habe sich zu gewissen Zugeständnissen herbeilassen müssen. Immerhin ist aber die Erwartung berechtigt, daß die Umwandlungen eine gesunde Entwicklung der Bahn und ein erträgliches Zusammenwirken mit den kommunalen Verwaltungen ermöglichen werden. In den neuen Verträgen wird die Verlängerung der Schnellbahn bis zum Hermannplatz und darüber hinaus bis zur Mündung Straße geteilt durch Erhöhung eines Gemeinlichkeitsbahnhofs Hermannplatz. Der Bahnhof Hermannplatz wird auf die östliche Seite der Weide im Zuge der Brunnenstraße verlegt, wodurch eine unmittelbare Verbindung mit dem Staatsbahnhof erreicht wird. Zum Zweck der Erweiterung des Unternehmens hat die Gesellschaft durch Ausgabe von 6000 Vorzugsaktien um 6 Millionen Mark erhöht werden, wobei das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen sein soll. Debatillos stimmte die Versammlung den neuen Verträgen und der Erhöhung des Grundkapitals zu.
Das Wollfische Telegraphenbureau teilt mit: „Durch ein Versehen ist bei der Verbreitung der halbtäglichen Nachrichten über die neuen Gieseckpreise ein Satz weggelassen worden. Dieser Satz lautet: „Der Wunsch für die Friedlandspresenien wird für das von der Reichsregierungsstelle bewirtschaftete Geseh nach deutschen Gesandten wie im Bereiche auf die Reichskasse übernommen.“

Die Vorgänge
bei der Scheidemandel-A.G.

Zu dem im Handelsteil des gestrigen Abendblattes und in der heutigen Morgenausgabe gemachten Mitteilungen über die Vorgänge bei der Scheidemandel-Gesellschaft...
Die Scheidemandel-Gesellschaft...
Der Vorstand...

dieser Vorfälle sich berechtigt gesehen, seine Stellung bei der Scheidemandel-Gesellschaft...
Ein harter Gewitterregen...
Für 60 000 Mark...
Der Versuch des Bringen...
In der Berliner Wohnung...

Lage eingebrochen, während der Kämpfe und seine Familie in Berlin waren...
Der Lausitzer...
Eine Szene in der Zentralmarkthalle...

Schredentat einer Mutter...
Die Bezugserneuerung für das III. Vierteljahr...
das „Berliner Tageblatt“ sofort bestelle.

Jacques Freimann.
Wir verlieren in demselben einen bewährten Freund und Mitarbeiter...
Aachen, 15. Juni 1918.

Gebrüder Francken.
Wir geben die traurige Nachricht, dass unser treues, langjähriges Mitglied, Herr
Jacques Freimann
nach kurzem, schwerem Leiden verschieden ist...
Berliner Ungarn-Verein.

Karten
für Arbeiter-Kontrollapparate
Mittel-europäische Zeit
Berlin SW. 68. Schützenstr. 6a.

Sohlelederfabrik-Platten
Gummistoffe mit Geseblen und Unzeosen, ca. 4 mm stark...
I. Samuel, Gifflrow.

Wagenfett, Lederfett, Sulfett,
Gebler & Co., G. m. b. H.,
Delfalferie und Fettfabrik,
Goslow I. a. E.

Geschäftswagen
Fahrradfabrik Voss & Rubeck,
Friedrichstr. 2, Brausehofstr. 18/19.

Mehrere neue, ungebrauchte
Kork- und Kapselmaschinen
Easpe & Paschen, Königsstr. 14-16, Hamburg.

Sinterdrehschleife
Georg Kraus, Sinterfabrik,
Frankfurt a. Main.

Staingießerei, Eisenwerk (Lieber-Töpfe)
Wilhelm Schmidt, Gräfenerode i. Thür.

Borchardt's Säuberbleiche
das selbsttätige Waschmittel
In ursprünglicher, aller, bewährter Güte
ALLG. WAREN-VERTRIEBS-GES. M. B. H., CHARLOTTENBURG
Wilhelm 1800, 1801, 1807.

Anbieter belegscheinfrei:
25 000 mtr. ca. 65 cm breites Papiergehäuse
25 000 mtr. ca. 90 cm
25 000 mtr. ca. 120 cm
Karl Gruber, Weberi, Reichenbach in Esch.

Hans Richter
Charlottenburg 2
Bismarckstrasse 109
Fernsprecher: Steinplatz 4820

HARI
Härtepulver zum Anstreichen
Einsatz-Härtepulver
Schweiß-Pulver für gewöhnliche Eisen
Schweiß-Pulver für gewöhnliche Stahl

vorzügliches Fabrikat, seit 75 Jahren im Gebrauch.
Kopfdrehbänke
Maschinenfabrik Gebr. Eckhoff, Bochum.

Saubereitze
Qualität nach in vorläufiger
Rudolf Hoyer, Straßburg
Güter Geschichtswagen,
Präsidenten Straße 131.

Wagenfett, Lederfett, Sulfett,
Gebler & Co., G. m. b. H.,
Delfalferie und Fettfabrik,
Goslow I. a. E.

Sinterdrehschleife
Georg Kraus, Sinterfabrik,
Frankfurt a. Main.

Staingießerei, Eisenwerk (Lieber-Töpfe)
Wilhelm Schmidt, Gräfenerode i. Thür.

Radix Helenii
auf 400 Hilo hat abzugeben
Wilhelm Thaler,
Minuten 18,
Gren. Hofstr.

Beste Klebmittel!!
„Simit“, direkt ab Fabrik
Simit 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Holzwole,
mittlere Qualität in großen und kleinen Quantitäten sofort lieferbar.
Heinrich Brockhaus, Kistenfabrik,
Berlin NO. 55, Dönhofsplatz 15,
Tel. Köpenick 2803 u. Wer. 49.

Kaolin und Ton
in Brocken oder gemahlen
liefert zu allen Zwecken
Jakob Gerner, Leipzig 42
Für Drahtachr. Kaolin. Fernspr.: 5112.

Techn. Spezialfett
zur Herstellung von Öfen, Öfen und Maschinen,
liefern laufend
Gebler & Co., G. m. b. H.,
Delfalferie u. Fettfabrik,
Goslow I. a. E.

Goldstein und Goldteer
abgeben regelmäßig in großen und kleineren Mengen
Amandus Pössel & Co., Hamburg,
Mündelbergstr. 9.

Weintraubentrestler,
ausgekocht, getrocknet, vermahlen,
abgegeben bei
Dampfmühle Zagreb (Kroatien).

Bappdosen
runde, mit Pergament-Lackbeschichtung, großer Öffnen infolge Fabri-
kationsänderung disponibel geworden, zum eigenen Gebrauch
verwendbar.
Ø 65 mm Höhe 73 mm 225 000 Stück
Ø 65 mm Höhe 73 mm 225 000 Stück
Ø 65 mm Höhe 73 mm 225 000 Stück
Heinrich Reinecke & Co., Charlottenburg, Schöber
Str. 10.

Lohnbeutel, Zigarettenbeutel,
Durchschlagpapier,
Zahlkartenformulare
Juli Opitz, Bielefeld.
Postfach 451.

